



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nachschrift zum ersten Artikel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

drückte die Bevölkerung um ein Beträchtliches herab. Die niedrigste Ziffer von 1800—10 wird ebenfalls in den damaligen Zeitverhältnissen ihre Erklärung finden. Indessen da Ereignisse wie Hungersnoth, Krieg, Krankheiten zc. jedes Land betroffen haben und noch betreffen können — wir erinnern an Frankreich —, und da durch sie erfahrungsgemäß wenn nicht eine Verminderung, so doch wenigstens eine langsamere Vermehrung verursacht wird, so dürfen wir daraus weiter folgern, daß in dem Jahrhundert von 1751—1850 die jährliche Zunahme etwa 0,75 Proz. betrug, während sie durch Hinzunahme der nächsten zwanzig Jahre auf 0,78 Proz. gehoben wird, ein Ansaß, der den 0,79 Prozenten unserer 15 Staaten sehr nahe kommt.

Nach dem Prinzip der Zinseszinsrechnung würde sich nun für den Fall, daß der Zinsfuß 0,75 beträgt, ein Kapital in 92,71 Jahren oder sagen wir in rund 93 Jahren verdoppeln; an Schweden's Beispiel aber sehen wir, daß die thatsächliche Verdoppelung erst in 102 Jahren erfolgte, was einem abgekürzten Verhältniß von 9:10 entspricht. Dürfen wir dieses Resultat auf das deutsche Reich übertragen, so würde nach Zinseszinsrechnung mit Zugrundelegung eines Zinsfußes von 0,83 Proz. die Verdoppelung in 84 Jahren erfolgen, in Wirklichkeit aber erst — mit Hinzuziehung des obigen Verhältnisses — in 94 Jahren. Europa endlich würde nach mathematischer Berechnung in 89 Jahren oder in praktischer Entwicklung in 99 Jahren, rund in einem Jahrhundert, seine Einwohnerzahl auf das Doppelte bringen.

Gestützt auf diese Berechnungen könnte man ermitteln, wann die Uebevölkerung in einem Lande eintreten wird, d. h. derjenige Zustand, in welchem die Bewohner des Landes in demselben weder hinreichende Beschäftigung noch genügende Ernährung finden. Diese Untersuchung, die volkswirtschaftlich gewiß nicht bloß interessant, sondern auch höchst wünschenswerth wäre, setzt freilich voraus, daß man wüßte, wie viel Einwohner ein Land in normalen Zeiten und bei richtiger Ausnutzung aller dem Lande zu Gebote stehenden Hilfsmittel ernähren und beschäftigen kann. Hierüber existiren aber unseres Wissens vorläufig noch keine hinreichend verbürgten Zahlen, und so müssen wir darauf verzichten, festzustellen, ob dieser Zustand für Deutschland bereits eingetreten ist oder wann er etwa kommen wird.

Soviel kann man auch ohne Zahlenbeweis behaupten, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Uebevölkerung im obigen Sinne Deutschland bereits bedroht. Freilich eine eigenthümliche Ironie des Schicksales, daß gerade in den Zeiten, wo die größten Anstrengungen zur Herbeiführung einer gesunden Lebensweise und zur Verlängerung der Lebensdauer gemacht werden, man zu dem betrübenden Schlusse kommen muß, daß es eigentlich zu viel Menschen gibt.

Nachschrift zum ersten Artikel.

Die von der demokratischen Partei am 5. Mai d. J. in beiden Kongreßhäusern eingereichte und wenige Tage später auch von der Majorität angenommene Bill, welche den Gebrauch von Bundesoldaten bei nationalen Wahlen zwar gegen „bewaffnete Feinde der Vereinigten Staaten“, aber nicht „zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an den Stimmplätzen“ erlaubt, ist nach den neuesten Nachrichten aus Amerika, wie wir von vornherein vermutheten, in der That am 12. Mai d. J. vom Präsidenten Hayes ebenfalls

mit dem Veto belegt worden. Der Präsident erklärte, indem er auf seine frühere Veto-Botschaft hinwies, daß jede Art von Einmischung des Militärs oder bewaffneter Mannschaften, sei es der Bundesarmee oder der Staatenmiliz oder sonstiger übelwollender Personen (evil-disposed persons), gegen den Geist der Verfassung der Vereinigten Staaten sei, mit der einzigen Ausnahme, daß die Anwendung von Militär, gleichgiltig ob Bundesstruppen oder Staatsmiliz, nothwendig sei zum Schutze der Verfassung und der Gesetze der Union. Aber die Demokraten beruhigten sich auch bei diesem zweiten Veto nicht. Sie brachten nämlich die sogenannte „Legislative-Appropriations-Bill“ ein, wodurch der Bundesregierung Mittel für die Ausgaben, welche die Bundesgesetzgebung erfordert, gewährt werden, fügten aber dieser Bill wiederum eine Klausel bei, durch welche die bestehenden Bundeswahlgesetze abgeändert werden sollten. Selbstverständlich belegte Präsident Hayes am 29. Mai d. J. auch diese Bill mit seinem Veto, und es gelang den Demokraten nicht, die nach dem Veto zur Annahme der Bill nothwendige Zweidrittelmajorität aufzutreiben.

Man darf gespannt sein auf den weiteren Fortgang und das endliche Resultat dieses zwischen der Regierung und der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten obwaltenden Konfliktes; es müßten jedoch alle Anzeichen trügen, wenn nicht die herrsch- und heutesüchtigen Demokraten den Kürzeren ziehen sollten. Ein Unterliegen in dem gegenwärtigen Kampfe wird aber sicherlich nicht ohne Rückwirkung auf die im Jahre 1880 vorzunehmende Präsidentenwahl sein.

Literatur.

Geschichte Baiern's von S. Kiezler. Erster Band. Gotha, Perthes, 1879.

Den trefflichen Publikationen, durch welche unter W. Giesebrecht's Redaction die Heeren- und Ukert'sche Geschichte der europäischen Staaten fortgesetzt und zu frischem Leben erweckt worden ist, reiht sich nunmehr auch die Geschichte Baiern's an, zu deren Bearbeitung kaum irgendwer so berufen war wie der Verfasser. Freilich ist es nicht eine Geschichte des gegenwärtigen Königreiches Baiern in dem Sinne, daß darin die Vergangenheit der dreiundachtzig politischen Einzelwesen und Gebietstheile, aus welchen dasselbe zu Anfang unseres Jahrhunderts zusammengeschweißt worden ist, erzählt wird, sondern eine Geschichte des bairischen Stammes, der, wenn schon nicht in seiner Integrität erhalten, doch von den drei oberdeutschen Stämmen der einzige ist, der noch heute einem Staate den Namen gibt und eine so stark ausgeprägte Individualität besitzt, daß auch das neue deutsche Reich nicht umhin gekommt hat, derselben Rechnung zu tragen. Es gehört zu den eigenthümlichsten und entscheidendsten Momenten in der Entwicklung des deutschen Volkes, daß von zweien seiner Hauptstämme im Ober- wie im Niederlande, den Baiern und den Sachsen, die östlichen Theile in den Marken, vielfach mit slavischen Elementen durchsetzt, sich nicht bloß zu einem neuen Stammescharakter, sondern auch zu einer politischen Bedeutung ausgebildet haben, durch welche der Hauptstamm überflügelt und in den Hintergrund gedrängt worden ist.

Auch für das Baierland haben die prähistorischen Forschungen der jüngsten Zeit, die Entdeckungen in den Höhlen des Jura, in den Pfahlbauten der oberbairischen Seen, die Gräberfunde am Hallstadter See und anderwärts die Kunde von der Existenz seiner Bewohner bis zu einer Vergangenheit hinauf-